

Mehr arbeiten ohne Mehrarbeit

16.10.2019

"Grundsätzlich sind alle Überstunden durch Freizeit auszugleichen." Das hat der Landesrechnungshof der Polizei Niedersachsen ins Stammbuch geschrieben. Aber: Vor gut zwei Wochen wurde 772-mal der Grad „Bachelor of Arts“ verliehen - ein Sechstel der 932 jungen Leute, die vor drei Jahren ins Studium gestartet waren, fehlte! Freizeitausgleich und fehlender Nachwuchs: Wer macht die Arbeit?

Die Beanstandungen des Landesrechnungshofes führten zu einem mit heißer Nadel gestrickten Erlass und hektischer Betriebsamkeit landauf, landab mit einem offensichtlichen Ziel: Reduzierung des Überstundenberges und Erhöhung der Hürden für angeordnete Mehrarbeit. Das bedeutet, dass immer mehr Arbeit in immer weniger Stunden geleistet werden soll.

Aber wer nochmal macht jetzt die Arbeit?

Es wird so getan, als gäbe es noch Luft bei den Kolleginnen und Kollegen: Machen sie zu viel Pause? Können sie weitere Arbeitsverdichtung ertragen? Mitnichten! Noch dazu wird der mittleren Führungsebene die Kompetenz abgesprochen, über die Notwendigkeit zu leistender Überstunden zu entscheiden. Vertrauen in die Vorgesetztenarbeit sieht anders aus.

Wir fragen die Landesregierung: Wie viele Euro werden jetzt jeden Monat eingespart durch die 160* fehlenden Kolleginnen und Kollegen? Es sind Finanzmittel, die eingeplant waren für Gehalt, Ausstattung, Sozialaufwendungen!

Wir fordern, mit diesem Geld das zu tun, wofür es vorgesehen war und worauf der Bürger Anspruch hat: Dafür zu sorgen, dass die vorhandene Arbeit geleistet wird. Sei es durch außerplanmäßige Bezahlung von Überstunden, sei es durch Umschichtung und Aufstockung im Tarifbereich. Es käme auch gut, die freien Mittel für eine wenn auch befristete Stellenhebung zu nutzen als kleine Anerkennung für die anstehende Arbeitsverdichtung sowie zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Polizei Niedersachsen - im nächsten Jahr fällt ein Abiturjahrgang aus!

Oder bitte erklären, welche Arbeit die Polizei zurzeit nicht leisten kann! Die niedersächsische Bevölkerung wird sicherlich verstehen, dass aus finanziellen Gründen der Anspruch auf öffentliche Sicherheit und Ordnung ein wenig zurückstehen muss - oder?

Matthias Karsch
Landesvorsitzender

[PDF \(Internetlink\)](#) Pressemitteilung 3/2019 des Landesrechnungshofes Niedersachsen v. 26.06.19 (Polizei: S. 4)

[PDF](#)

**) Fassung 18.10.19: Zahlen in Text und PDF korrigiert ... und: Rd. 70 Studierende befinden sich noch in der Nachprüfung, wodurch die Zahl der Fehlenden hoffentlich kleiner wird. Danke für die Hinweise, wir bitten um Nachsicht!*